



Schlusszeremonie der Zyperngespräche auf dem Bürgenstock am 31. März 2004: Trotz Guten Diensten der Schweiz war dieser Konferenz kein Erfolg beschieden. (Bild epa)

## Friedensförderung – Was tun, was lassen? Mögliche Wege zu einer wirksameren Umsetzung

Von Raymond Saner, Genf\*

*Die gewaltsame Austragung von Konflikten hat weltweit Hochkonjunktur. Entsprechend zahlreich sind die Versuche, diese durch friedensfördernde Massnahmen beizulegen. Auch die Schweiz zeigt sich aktiv in der Friedensförderung. Nach Auffassung des Autors des Beitrages besteht jedoch die Gefahr, dass vor lauter Aktivismus vergessen geht, wo die komparativen Vorteile der Schweiz liegen angesichts ihrer beschränkten Mittel, ihres eher geringen politischen Einflusses sowie der Konkurrenz seitens anderer Kleinststaaten, multilateraler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen.*

Es liegt im ureigenen Interesse der Schweiz, zur friedlichen Lösung von internationalen gewaltsamen Konflikten beizutragen. Was auch immer die Definition der traditionellen Neutralität sein mag, die Schweiz ist Teil vielschichtiger internationaler Netzwerke und verfügt über ein auf lange Zeit akkumuliertes Wissen und ausgewiesene Fähigkeiten im Bereich der Konfliktbewältigung. Diese kann und soll sie zum Schutz und Wohl der unter gewaltsamen Auseinandersetzungen leidenden Bevölkerungen weltweit einbringen.

### Administrativer Wildwuchs

Das Prinzip der Friedensförderung ist richtig, die gegenwärtige organisatorische Umsetzung erscheint jedoch weder zwingend logisch noch wirksam zu sein. Zum Ersten kann man eine erstaunliche Proliferation an Ämtern und Funktionen feststellen. Die am stärksten beteiligten Institutionen auf Bundesebene sind das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), welches aktiv ist im Bereich der Konfliktlösung, das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (zuständig für Sicherheitsfragen) und das Departement des Innern

\* Der Verfasser ist Direktor des Centre for Socioeconomic Development in Genf ([www.csend.org](http://www.csend.org)).

(Finanzierung von Universitäten und Forschungsinstituten).

Es ist hier unmöglich, eine vollständige Liste aller öffentlichen und privaten Institutionen zu erstellen, die vom Bund ganz oder teilweise finanziert und geführt werden. Erwähnt seien lediglich die folgenden: Das Verteidigungsdepartement unterstützt unter anderem die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und die drei Genfer Zentren für Sicherheitspolitik; für humanitäre, Minenräumung und für die demokratische Kontrolle von Streitkräften. Innerhalb des EDA beschäftigt sich vor allem die in den letzten Jahren gewachsene Politische Abteilung IV (Frieden, Menschenrechte, humanitäre Politik) mit friedensfördernden Massnahmen. Im EDA eingegliedert, aber organisatorisch sich weitgehend autonom verhaltend ist die der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) unterstehende Sektion Konfliktprävention und Transformation. Das Departement des Innern beteiligt sich indirekt an der Friedensförderung, indem es zum Beispiel das Genfer Institut für höhere internationale Studien finanziell unterstützt.

Zu dieser schon recht beachtlichen Vielzahl von Akteuren kommt noch die Mischung aus bilateraler und multilateraler Friedensförderung. Finanzielle Beiträge der Schweiz fliessen an die Uno und an die mit ihr verwandten internationalen Organisationen. Dazu kommen noch Vergaben von Geldern und Mandaten an ausländische Nichtregierungsorganisationen (NGO) wie beispielsweise in Mazedonien an die amerikanische Institution «Search for Common Ground».

Organisatorischer Wildwuchs kann leicht zu unkoordiniertem Aktivismus führen. Jedes Departement, jede Abteilung und Sektion kann der Versuchung erliegen, sich auf Kosten anderer Institutionen profilieren zu wollen. Informationen über Friedensaktionen sind spärlich, zum Teil bedingt durch das verständliche Bedürfnis nach Geheimhaltung schwieriger Gespräche, teilweise aber auch allzu sehr aus unnötiger Scheu vor Evaluationen und öffentlichen Diskussionen über die Friedenspolitik und deren Aktivitäten. Obwohl die mangelnde Transparenz und die unklaren Verantwortlichkeiten von Aufbauprojekten schon früher kritisiert wurden (vgl. NZZ 8. 12. 98), hat sich die Situation kaum verbessert.

### Giesskannenprinzip ist überholt

Vonnöten ist ein tiefgreifendes Überdenken der jetzigen Organisation und der Spannweite der schweizerischen Friedensförderung. Organisatorisch gesehen ergibt die bestehende Proliferation keinen Sinn. Es braucht dringend eine Konzentration der Ämter. Die bestehenden, quasi autonomen Sektionen des EDA und der Deza könnten beispielsweise zusammengeführt werden. Klarzustellen ist auch die Koordination zwischen den erwähnten drei Departementen und die längst notwendige Zusammenführung der Genfer Institutionen, zum Beispiel unter der Leitung des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik.

Neu zu definieren ist ebenfalls die Unterstützung der NGO und der multilateralen Organisationen. Das Giesskannenprinzip ist überholt, Schwerpunkte sind angezeigt. Eine klare, dauerhafte und substanzielle Unterstützung beispiels-